

Alberto Acosta, Enrique Viale

Die Rechte der Natur

Fundament einer anderen Gesellschaft

aus dem Spanischen übersetzt von Alix Arnold,
mit einem Vorwort von Riccarda Flemmer

UNRAST

Vorwort

Zwischen Extraktivismus und Pluriversum Rechte der Natur aus Perspektiven des Globalen Südens

Riccarda Flemmer, Universität Tübingen

Als 2008 in Montecristi, Ecuador, erstmals die Rechte der Natur in eine nationale Verfassung aufgenommen wurden, erschien dies vielen Beobachter*innen als juristische Kuriosität. Für andere jedoch markierte dieser Moment einen tiefgreifenden historischen Bruch. Zum ersten Mal wurde Natur nicht nur als Ressource, Eigentum oder ›Umwelt‹ verstanden, sondern als Trägerin eigener Rechte. Die ecuadorianische Verfassung verband dabei Indigene Konzepte wie *Pacha Mama** und relationale* Vorstellungen des Zusammenlebens mit Instrumenten modernen Verfassungs- und Völkerrechts. Gerade in dieser spannungsvollen Verschränkung unterschiedlicher Wissens- und Rechtstraditionen liegt eine der zentralen Besonderheiten der Rechte der Natur. Dass eine solche Verschränkung in Ecuador stattfand – einem Land, das von kolonialen Kontinuitäten, Erdölabhängigkeit und extraktivistischen* Konflikten geprägt ist – war kein Zufall. Die Anerkennung der Rechte der Natur entstand nicht im politischen Zentrum globaler Macht, sondern aus den Widersprüchen, Kämpfen und Übersetzungsprozessen des Globalen Südens* heraus.

Die ökologische Krise ist längst keine abstrakte Zukunftsgefahr mehr. Klimakrise, Artensterben, kollabierende Ökosysteme und die fortschreitende Zerstörung von Lebensgrundlagen prägen zunehmend den politischen Horizont des 21. Jahrhunderts. Gleichzeitig verschärfen sich geopolitische Konflikte um Energie, Rohstoffe und Territorien*, während

* Begriffe, die im Glossar erläutert werden, sind bei ihrer ersten Nennung mit einem Sternchen markiert.

sich fossile Abhängigkeiten und neue Formen ›grünen‹ Extraktivismus vertiefen. Doch die gegenwärtige Krise ist mehr als eine Umweltkrise, sie verweist auf eine tiefgreifende Krise der Moderne selbst: ihrer Fortschrittsvorstellungen, ihres Wirtschaftsmodells und – wie die Autoren dieses Buches besonders betonen – ihrer Trennung von Mensch und Natur.

Alberto Acosta und Enrique Viale machen deutlich, dass sich die ökologische Krise nicht von der Geschichte kolonialer Expansion und kapitalistischer Akkumulation trennen lässt. Kolonialismus und Extraktivismus erscheinen als historisch miteinander verflochtene Prozesse, in denen Natur systematisch zur Ressource und Territorien zu Zonen der Verfügbarkeit erklärt wurden. Gerade der Fortschritts- und Entwicklungsbegriff der Moderne fungierte dabei häufig als ideologische Legitimation von Herrschaft, Enteignung und ökologischer Zerstörung. Vor diesem Hintergrund kritisieren die Autoren nicht nur fossile Ökonomien, sondern auch Formen oberflächlichen Umweltschutzes und ›grünen Kapitalismus‹, die vor allem technische und marktbasierende Lösungen vorschlagen, ohne die zugrunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse infrage zu stellen. Auch internationale Prozesse wie Rio+20 oder das Pariser Klimaabkommen sind aus dieser Perspektive als wichtige, zugleich aber zutiefst unzureichende Schritte einzuordnen, solange sie die tieferliegenden Strukturen von Ungleichheit unangetastet lassen.

Die Rechte der Natur gewinnen in diesem Kontext weltweit an Bedeutung. Ihre Radikalität besteht nicht allein darin, Flüssen, Wäldern oder Ökosystemen Rechte zuzuschreiben. Vielmehr stellen sie die grundlegende Trennung zwischen Mensch und Natur infrage, auf der zentrale Institutionen der Moderne beruhen: Eigentum, Entwicklung und Wachstum. Wie die Autoren hervorheben, stehen die Rechte der Natur damit nicht am Rand der Weltpolitik, sondern im Zentrum einer globalen Zivilisationskrise. Viele der radikalsten Antworten auf diese Krise kommen aus dem Globalen Süden als Raum besonderer Betroffenheit sowie als Ort politischer, epistemischer und juristischer Alternativen. Konzepte wie *Buen Vivir**, *Pacha Mama*, *Post-Development* oder *Pluriversum** stellen dominante Vorstellungen von Wohlstand und Fortschritt infrage und eröffnen

andere Verständnisse von Beziehung, Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Das vorliegende Buch ist Teil genau dieser intellektuellen und politischen Bewegung. Es verbindet Ökologie, Recht, Ökonomie und Politik zu einer grundlegenden Kritik jenes Modells, das Natur systematisch in Objekt, Ressource und Ware verwandelt hat. Die Rechte der Natur werden hier als Bestandteil eines umfassenden zivilisatorischen Transformationsprojekts* verstanden.

Für mich persönlich ist Alberto Acosta weit mehr als einer der wichtigsten lateinamerikanischen Intellektuellen zu Post-Development, Extraktivismuskritik und Buen Vivir. Er gehört zu den prägenden politischen und intellektuellen Figuren der Rechte der Natur weltweit. Als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung von Montecristi war er maßgeblich daran beteiligt, dass Ecuador 2008 als erstes Land weltweit die Rechte der Natur in seine Verfassung aufnahm. Damit wurde eine juristische und politische Debatte eröffnet, deren globale Ausstrahlung bis heute anhält. Zugleich habe ich Alberto Acosta immer auch als internationalen öffentlichen Intellektuellen erlebt, der politische Praxis, kritische Reflexion und utopisches Denken miteinander verbindet – mit großer Offenheit, intellektueller Großzügigkeit und einer seltenen Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge verständlich und inspirierend zu vermitteln.

Auch Enrique Viale zählt zu den zentralen Stimmen dieser lateinamerikanischen Debatten. Als argentinischer Umweltjurist, Aktivist und Mitbegründer der *Asociación Argentina de Abogados Ambientalistas* verbindet er juristische Praxis seit vielen Jahren mit konkreten Kämpfen gegen Extraktivismus, Entwaldung und Umweltzerstörung. Seine Arbeit macht deutlich, dass die Rechte der Natur nicht allein eine Frage neuer Rechtsnormen sind, sondern Teil umfassender Auseinandersetzungen um Territorien, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Zukunft postfossiler Gesellschaften. Gemeinsam mit Alberto Acosta gehört Enrique Viale zu jener Generation kritischer Denker*innen und Aktivist*innen, die die Rechte der Natur in Lateinamerika entscheidend geprägt und international sichtbar gemacht haben.

Acosta und Viale stellen sich in die lange und heterogene Tradition ökologischen Denkens im Globalen Süden und Norden, die im Buch als »kleines Archiv berühmter Vorläufer*innen« vorgestellt wird – von Indigenen Kosmovisionen* bis hin zu kritischen Stimmen der politischen Ökonomie. Zentral ist für sie dabei die Wiederaufnahme ökologischer Intuitionen bei Karl Marx, der Fragen von Entfremdung, zerstörerischer Akkumulation und der Trennung von Mensch und Natur bereits früh thematisierte. Zugleich knüpfen Acosta und Viale an dekoloniale, feministische und ökologische Denker*innen und Praktiker*innen des Globalen Südens an – von Vandana Shiva bis zu den bereits genannten lateinamerikanischen Debatten.

Die ecuadorianische Verfassung markiert in diesem Buch einen historischen Wendepunkt, der Acosta und Viale zufolge eine »kopernikanische Wende« darstellt: Natur erscheint nicht länger ausschließlich als Eigentum oder Ressource des Menschen, sondern als Trägerin eigener Rechte und intrinsischer Werte. Wie die Autoren betonen, geht es dabei darum, »die Natur und die Umwelt nicht nur im Zusammenhang mit ihrem Nutzen für den Menschen [...] zu schützen, sondern auch wegen ihrer Bedeutung für andere lebende Organismen«. Gerade darin liegt die zivilisatorische Tragweite der Rechte der Natur: Sie verschieben die Grenzen von Recht, Gerechtigkeit und politischer Gemeinschaft über den Menschen hinaus.

Das Buch verbindet die Rechte der Natur ausdrücklich mit der Suche nach einer neuen Form der Ökonomie gemäß einer ökologischen Gerechtigkeitsvorstellung. Wachstum, Profitlogik und permanente Akkumulation erscheinen nicht als Voraussetzung von Wohlstand, sondern als zentrale Triebkräfte ökologischer und sozialer Zerstörung. Demgegenüber entwerfen Acosta und Viale Perspektiven einer postextraktivistischen und biozentrischen* Ökonomie, die sich an ökologischen Grenzen, Gemeingütern und Relationalität orientiert. Die zentrale Frage lautet damit nicht nur, wie Natur geschützt werden kann, sondern wie Formen des Zusammenlebens entstehen können, die innerhalb der ökologischen Kreisläufe der Erde möglich sind. Gerade diese Fragen markieren auch einen wichtigen Perspektivwechsel weg von verkürzten Vorstellungen von Umweltge-

rechtigkeit, die vor allem den Zugang zu Ressourcen oder die Verteilung ökologischer Belastungen betreffen, hin zu einem umfassenderen Konzept von ›ökologischer Gerechtigkeit‹. Dabei geht es nicht mehr allein um die gerechte Verteilung von Umweltgütern für Menschen, sondern um eine Ausweitung von Gerechtigkeit, die nichtmenschliche Wesen und Ökosysteme berücksichtigt. In diesem Sinne sprechen Acosta und Viale von einer Gerechtigkeitsvorstellung, »die ihre Grenzen über den Menschen hinaus ausweitet und die Erde selbst einbezieht«.

Wie konfliktreich die Durchsetzung dieses Wandels ist, zeigt sich in der Praxis. Rechte der Natur müssen auch in Ecuador verteidigt und eingeklagt werden. Bedeutsam ist beispielsweise das mühsam durch Aktivist*innen erstrittene Urteil des ecuadorianischen Verfassungsgerichtes zum Los-Cedros-Wald 2021, in dem die höchste Instanz die Rechte der Natur nutzte, um extraktivistische Eingriffe in ein hoch biodiverses Waldgebiet zu stoppen. Ebenfalls wichtig ist das Wiedererstarken der damals international nicht erfolgreichen Yasuní-ITT-Initiative (2007–2013), die Forderungen, fossile Ressourcen im Boden zu belassen, mit globaler Klimagerechtigkeit und dem Schutz Indigener Territorien in einem der artenreichsten Gebiete der Erde verband. Auch wenn die ursprüngliche Initiative scheiterte, führte der langjährige Kampf der YASUNIDOS schließlich 2023 zu einem historischen Referendum gegen die Ölförderung im Yasuní. In einer Zeit, in der Staaten weltweit weiterhin neue fossile Projekte genehmigen, bleibt Yasuní damit ein machtvolles Symbol dafür, dass postfossile Zukünfte nicht nur technologische, sondern zutiefst politische und ethische Fragen sind.

Die Dringlichkeit von Klima- und Umweltfragen hat längst dazu geführt, dass sich die Rechte der Natur über Ecuador hinaus ausgebreitet haben. Besonders Flüsse gehören heute weltweit zu den häufigsten Fällen von Ökosystemrechten. Der *Eco Jurisprudence Monitor* dokumentiert mittlerweile Hunderte Initiativen, Urteile und Gesetzesprozesse weltweit.¹ Beispiele reichen vom Fluss Atrato in Kolumbien (2016) über den Whan-

1 Die Datenbank *Eco Jurisprudence Monitor* ist öffentlich frei zugänglich über <https://ecojurisprudence.org/>.

ganui River in Aotearoa/Neuseeland (2017) bis zur Lagune Mar Menor in Spanien (2022). Die Ankunft der Rechte der Natur in Europa zeigt sich in vielfachen Formen auch in Deutschland. Das umfasst Bestrebungen hin zu einer ökologischen Reformierung des Grundgesetzes, sodass es die ›Würde der Natur‹ anerkennt, zur Reform der bayrischen Landesverfassung, sodass sie die Rechte der ›natürlichen Mitwelt‹ verankert, oder die Initiativen von Rechten für die Spree und andere Ökosysteme.²

Parallel dazu sind internationale Initiativen und transnationale Netzwerke entstanden, die Politik, Wissenschaft und soziale Bewegungen zusammenbringen wollen: das UN-Programm *Harmony with Nature* (seit 2009), die *Allgemeine Erklärung der Rechte von Mutter Erde* (*Universal Declaration of the Rights of Mother Earth*, 2010), das *Internationale Tribunal für die Rechte der Natur* (seit 2014) und der weltweite zivilgesellschaftliche Zusammenschluss für die Rechte der Natur, die *Global Alliance for the Rights of Nature* (GARN). Besonders deutlich wurde ein Zusammenfluss dieser Entwicklung zuletzt auf der *Ersten Konferenz zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen* (*First Conference on Transitioning Away from Fossil Fuels*), die vom 24. bis 29. April 2026 in Santa Marta, Kolumbien, stattfand und von Kolumbien und den Niederlanden gemeinsam organisiert wurde. Dort verbanden sich Debatten um Rechte der Natur, Klimagerechtigkeit, Ausstieg aus fossilen Energieträgern (Fossil Fuel Phase-Out) und post-extraktivistische Perspektiven in neuer Weise miteinander. Vertreter*innen Indigener Organisationen, sozialer Bewegungen, juristischer Netzwerke, Klimaaktivist*innen und Wissenschaftler*innen diskutierten nicht nur technische Fragen der Dekarbonisierung, sondern grundlegende Fragen von Gerechtigkeit, historischen Verantwortlichkeiten, territorialen Rechten und postfossilen Zukunftsentwürfen. Santa Marta kann damit als exemplarisch für eine neue Form ökologischer Diplomatie ›von unten‹ verstanden werden, die Rechte der Natur mit Klimagerechtigkeit sowie

2 Das deutsche Netzwerk *Rechte der Natur* findet sich online unter <https://www.rechte-der-natur.de/de/>; das bayrische Volksbegehren von Hans Leo Bader <https://gibdernaturrecht.muc-mib.de/> und die Rechte der Loisach <https://loisachbündnis.de/> und der Spree <https://rechte-der-natur.org/rechte-der-spree/>.

globalen Süd-Süd- und Süd-Nord-Allianzen verknüpft. Solche Prozesse zeigen den Übergang von einzelnen juristischen Innovationen hin zu einer transnationalen politischen Bewegung.

Dabei geht es nicht darum, Konzepte aus dem Globalen Süden einfach zu übernehmen oder zu romantisieren. Vielmehr stellt sich die Frage, wie Übersetzungen möglich werden – politisch, kulturell und epistemisch. Welche Resonanzen entstehen? Welche Missverständnisse? Welche Lernprozesse? Die Rechte der Natur fordern nicht nur juristische Institutionen heraus, sondern auch unsere Vorstellungen von Demokratie, Freiheit, Fortschritt und Zusammenleben. Gleichzeitig ist es ein Fehler, die Rechte der Natur vorschnell als Lösung der ökologischen Krise zu feiern. Während vielerorts Rechte der Natur anerkannt werden, vertiefen sich gleichzeitig Formen grünen Extraktivismus: Lithiumabbau, Wasserstoffkorridore, Rohstoffpolitiken und ›grüne‹ Energiewenden reproduzieren häufig koloniale und sozialökologische Ungleichheiten. Für mich als Politikwissenschaftlerin stellt sich daher vor allem die Frage, welches transformative Potenzial Rechte der Natur in Zeiten ökologischer und geopolitischer Krisen entfalten – aber auch, wo ihre Grenzen und Vereinnahmungen sichtbar werden. Besonders eindrücklich im Kontrast zu den häufig technokratisch geführten Debatten zur Klimakrise, zeigen die Diskussion und die Bewegung um die Rechte der Natur nicht nur Kritik an bestehenden Verhältnissen auf, sondern entwickeln konkrete Transformationsperspektiven aus den Erfahrungen und Kämpfen des Globalen Südens und Nordens heraus. Dies verweist auf eine zentrale Einsicht, die auch dieses Buch durchzieht: dass gesellschaftliche Transformation nicht allein neue Gesetze benötigt, sondern auch neue Narrative, Bilder, Emotionen und Formen des Zusammenlebens.

Die deutschsprachige Veröffentlichung dieses Buches fällt in einen Moment, in dem ökologische Fragen und Kriege das Weltgeschehen beherrschen. Gerade in einer Zeit wachsender geopolitischer Spannungen, fossiler Kriege, ökologischer Verwüstungen und globaler Ungleichheiten verweist das Buch damit auf eine grundlegende Einsicht: Frieden lässt sich nicht von

der Beziehung zwischen Menschen und Erde trennen. Auch internationale Debatten greifen zunehmend die Sprache eines neuen Verhältnisses zur Erde auf. Wenn die Vereinten Nationen heute davon sprechen, »Frieden mit der Natur« (Making Peace with Nature) schließen zu müssen, verweist dies auf ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass ökologische Zerstörung längst keine sektorale Umweltfrage mehr ist, sondern eine grundlegende Frage von Gerechtigkeit, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit. Vielleicht liegt genau darin die tiefste Bedeutung der Rechte der Natur. Sie sind nicht einfach eine neue Rechtskategorie. Sie sind Ausdruck eines weltweiten Ringens um andere Formen des Zusammenlebens auf einem beschädigten Planeten. Sie erinnern daran, dass Menschenrechte und Rechte der Natur nicht gegeneinanderstehen, sondern voneinander abhängen. Oder, wie hier betont wird: Ohne Rechte der Natur bleibt auch menschliche Freiheit letztlich eine Illusion. Dass das Buch mit dem Gedanken endet, Frieden mit der Erde als Voraussetzung für Frieden auf der Erde zu verstehen, ist deshalb weit mehr als eine poetische Formel: Es ist eine politische und zivilisatorische Herausforderung. Die Rechte der Natur eröffnen demgegenüber die Perspektive eines anderen Verständnisses von Frieden – nicht als bloße Abwesenheit von Krieg, sondern als gerechtes und respektvolles Zusammenleben innerhalb der ökologischen Grenzen der Erde.

Tübingen, Mai 2026